



Amtsgericht Northeim

Beschluss

Terminbestimmung

6 K 22/24

05.03.2026

Im Wege der Zwangsvollstreckung

sollen am **Freitag, 5. Juni 2026, 10:00 Uhr**, im Amtsgericht Bahnhofstraße 31,
37154 Northeim, Saal 5, versteigert werden:

Die im Grundbuch von **Northeim Blatt 12299** eingetragenen Grundstücke

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Northeim	18	76/16	Landwirtschaftliche Fläche, Robert-Bosch-Straße 13	4662
2	Northeim	18	76/17	Landwirtschaftliche Fläche, Robert-Bosch-Straße 13	2889

Der Versteigerungsvermerk wurde am 14.11.2024 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 2.113.200,00 € (lfd. Nr. 1)
234.800,00 € (lfd. Nr. 2)
Gesamtverkehrswert: 2.348.000,00 €

Objektbeschreibung:

BV lfd. Nr. 1: eingeschossiges Betriebsgebäude, Gewerbe, Baujahr 2022,
funktionale Gliederung:

EG Werkstatt, Büro WC, Sozialräume
Werkstatt, Lackiererei, 2 Büros, 2 WC's
Lage

Gesamtnutzfläche ca. 1251,31 m²

BV lfd. Nr. 2: Überbau von der lfd. Nr. 1 mit dem eingeschossigen Betriebsgebäude
Gewerbe, Baujahr 2022,
funktionale Gliederung:
EG Werkstatt, Büro WC, Sozialräume
Werkstatt, Lackiererei, 2 Büros, 2 WC's
Lage
Gesamtnutzfläche ca. 1251,31 m²

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Quattek
Rechtspflegerin